

N i e d e r s c h r i f t

(StR/011/2013)

über die 14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Erlangen am Donnerstag, dem 12.12.2013, 17:00 - 20:50 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtrat genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 17:00 Uhr

- siehe Anlage –

Öffentliche Tagesordnung - 17:30 Uhr

8. Jahresschlussrede des Oberbürgermeisters mit Gedenken an die im Jahr 2013 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen
siehe Anlage
9. Mitteilungen zur Kenntnis
- 9.1. Veranstaltungen "Januar, Februar und März 2014" 13-2/327/2013
Kenntnisnahme
- 9.2. Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung 13-2/329/2013
Kenntnisnahme
- 9.3. Bericht der ECCAR Mitgliedsstadt Erlangen an die UNESCO V/027/2013
Kenntnisnahme
- 9.4. Beteiligungsbericht 2011/2012 der Stadt Erlangen II/270/2013
Kenntnisnahme
10. Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung
11. Würdigung der Arbeit pflegender Angehöriger 13/093/2013
hier: Fraktionsantrag der CSU-Stadtratsfraktion Nr. 080/2013
vom 15.5.2013
Beschluss
12. Zug der Erinnerung 13/094/2013
hier: Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 116/2013 v. 16. Juli 2013
Beschluss
13. Stadt Erlangen als Gründungsmitglied des Vereins - Europäische Metropolregion Nürnberg 13/096/2013
Beschluss

- | | | |
|-----|---|----------------------------|
| 14. | Teilfreistellung der Einrichtungsleitungen von Kindertagesstätten –
Konzept „Leitungsassistenz“ | 11/140/2013
Beschluss |
| 15. | Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte
und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt
Erlangen (Taxitarifordnung) | 30-R/086/2013
Beschluss |
| 16. | Bedarfsbeschluss mit Raumprogramm für eine neue Sporthalle
im Stadtosten | 52/242/2013
Beschluss |
| 17. | Grundsatzbeschluss Stadtumbau / Siemens-Campus
Tischauflage | VI/041/2013
Beschluss |
| 18. | Anfragen | |
| 19. | Schlusswort für den Gesamtstadtrat durch die CSU-Fraktion
siehe Anlage | |

TOP 8

**Jahresschlussrede des Oberbürgermeisters mit Gedenken
an die im Jahr 2013 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen**

Siehe Anlage

TOP 9

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 9.1

13-2/327/2013

Veranstaltungen "Januar, Februar und März 2014"

Sachbericht:

Januar 2014

So.,	05.01.	19:30 Uhr	Prunksitzung der Brucker Gaßhenker, Heinrich-Lades-Halle
Mo.,	06.01.	11:00 Uhr	Preisträgerkonzert der Kulturstiftung, Heinrich-Lades-Halle
Fr.,	10.01.	18:00 Uhr	Geburtstagsempfang für Herrn Stadtrat Thaler, Frankenhof
Do.,	16.01.	19:30 Uhr	Altstadtempfang 2014, Stadtmuseum
Fr.,	17.01.	17:00 Uhr	Neujahresempfang Ortsbeirat Tennenlohe, Fraunhofer Institut
		19:00 Uhr	Ausstellungseröffnung Almut Linde: Radical Beauty, Kunstpalais
Sa.,	18.01.	19:00 Uhr	Übergabe der Sportehrenbriefe, Heinrich-Lades-Halle
		20:00 Uhr	Sportlerball, Heinrich-Lades-Halle
So.,	19.01.	11:00 Uhr	Neujahresempfang Ortsbeirat Dechsendorf, Freizeitzentrum Dechsendorf
		11:00 Uhr	Neujahresempfang Ortsbeirat Eltersdorf, Egidienhaus, Eltersdorfer Straße 32
Mo.,	27.01.	19:30 Uhr	Gedenkveranstaltung zum Holocaust-Gedenktag, Bürgerpalais Stutterheim
Fr.,	31.01.	14:00 Uhr	Integrationskonferenz, Rathaus Foyer 1. OG

Februar 2014

Di.,	04.02.	18:00 Uhr	Ausstellungseröffnung „Euthanasie“, Stadtarchiv
Do.,	06.02.	19:00 Uhr	Neujahrsempfang DFI, E-Werk
So.,	16.02.	11:00 Uhr	Übergabe Kulturförderpreis der Kulturstiftung, Erlanger Musikinstitut

Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen

Besiktas

07.01. – 23.01.2014	Ausstellung: ARA – Die Welt zwischen Istanbul Eröffnung: 7. Januar 2014, 17:30 Uhr im Rathaus-Foyer
24./25.03.2014	Besuch von Lehrern der deutschen Stiftungsschule ALKEV in Istanbul mit Besuch an der FAU

Rennes

21.01. – 25.01.2014	Offizielle Delegationsreise nach Rennes zum 50-jährigen Partnerschaftsjubiläum
27.01 – 31.01.2014	Ausstellung "Rennesradfahrt des Albert-Schweitzer-Gymnasiums" im Rathausfoyer

Wladimir

07.01. – 21.01.2014	Germanistin der Universität Wladimir zum Austausch an der FAU
07.01. – 30.01.2014	Studentin der Wirtschaftswissenschaften Wladimir zum Austausch an der FAU
10.01. – 20.01.2014	Tourismusfachfrau zum Austausch in Erlangen
10.03. – 10.04.2014	Vier Germanistikstudentinnen der Universität Wladimir zum Austausch am Institut für Fremdsprachen und Auslandskunde

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.2

13-2/329/2013

Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung

Sachbericht:

Seit der letzten Stadtratssitzung wurden die in der Anlage aufgeführten Stadtrats- und Fraktionsanträge gestellt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.3

V/027/2013

Bericht der ECCAR Mitgliedsstadt Erlangen an die UNESCO

Sachbericht:

Die Mitgliedsstädte von ECCAR sind angehalten, in regelmäßigen Abständen der UNESCO über ihre Aktivitäten gegen Rassismus zu berichten.

Die folgenden Beispiele sind nicht komplett und abschließend, sollen viel eher das breite Engagement der gesamten Erlanger Stadtgesellschaft gegen Rassismus, Rechtsradikalismus und Diskriminierung im Rahmen des 10-Punkte-Aktionsplans der Städtekoalition dokumentieren.

Sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch in den NGOs ist eine große Zahl von Menschen mit dem Thema befasst, was grundlegend dafür ist, dass unser Stadtmotto „Offen aus Tradition“ im Alltag auch gelebt wird.

Erfreulicherweise präsentiert sich der Stadtrat der Stadt Erlangen bei Abstimmungen zu Menschenrechtsfragen oder Rechtsextremismus geschlossen. Viele einstimmige Abstimmungen belegen dies eindrucksvoll.

1. Mitgliedschaften oder Kooperationen der Stadt Erlangen

Die Stadt Erlangen engagiert sich neben der Mitgliedschaft bei ECCAR in einer Reihe von Bündnissen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, beispielsweise in der "Bürgerbewegung für Menschenwürde", gegründet von dem Verleger der Nürnberger Nachrichten, Walter Schatz, in dem "Bayerischen Bündnis für Toleranz", oder in der "Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg". In Letzterer ist die Stadt seit einigen Jahren im Koordinierungsgremium und seit kurzem auch im Vorstand vertreten.

Des Weiteren engagiert sich Erlangen weiterhin im jüdischen Museum Fürth und in der jüdischen Kultusgemeinde Erlangen.

Sowohl die Konferenz der Deutschen ECCAR-Städte als auch die Mitgliederversammlung der Allianz fand in diesem Jahr im Rathaus der Stadt Erlangen statt. Weiterhin ist Erlangen seit 1984 Mitglied von "Mayors for Peace".

2. Aktivitäten innerhalb der Stadtverwaltung

- Seit 2012 versieht die Stadt Erlangen ihre Stellenausschreibungen, da, wo rechtlich möglich, mit dem Zusatz, dass Bewerbungen von Menschen aus allen Kulturen willkommen sind.
- Seit 2012 wird im Rahmen des EU- Programms Xenos PiK (Programm zur interkulturellen Öffnung von Kommunen) gemeinsam mit Nürnberg am Konzept für eine Willkommenskultur in der Stadtverwaltung gearbeitet.
- Am Tage einer NPD-Kundgebung im September 2013, die direkt neben dem Rathaus stattfand, wurde allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlaubt, nach Rücksprache mit dem Vorgesetzten, an der Gegendemonstration teilzunehmen. (Anmerkung zur Kritik, dadurch sei die Verpflichtung zu politischer Neutralität verletzt worden: Beim Aufruf zur Teilnahme an einer Kundgebung einer der im Stadtrat vertretenen Parteien träfe dieser Vorwurf sicherlich zu. Bei einer Partei aber, die mit den Mitteln der Rechtsstaates denselben aushebeln möchte und die die Diversität unseres Landes in Frage stellt, die offen gegen Roma und Sinti, Juden und Muslime hetzt, stellt sich nach Ansicht der Unterzeichnerin nicht die Frage nach Neutralität, sondern die nach Verteidigung unserer demokratischen Grundordnung.)

3. Beispiele für Kooperationen der Stadtverwaltung mit NGOs

- Organisation der jährlichen Wochen gegen Rassismus gemeinsam mit Schulen, externen Akteuren und dem "Interkulturellen Rat Deutschland"
- Die bundesweite Vorbereitungskonferenz der Wochen gegen Rassismus 2012 fand in Erlangen statt.
- Zweimal jährlich Gespräche der Stadtspitze mit Vertretern der drei Buchreligionen
- Organisation von Gedenkfeiern anlässlich der Pogromnacht am 9. November 1938 und dem Holocaustgedenktag am 27. Januar gemeinsam mit der jüdischen Kultusgemeinde und verschiedenen Erlanger Schulen
- Besuche von muslimischen Feierlichkeiten zum Opferfest und Ramadanfest durch Vertreter der Stadtspitze, Fraktionen und die CIAG (Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft)

4. Beispiele für Beteiligung an sonstigen Veranstaltungen und Projekten

- Engagement des Seniorenbeirates und des Theaters bei Mutwerk Courage Erlangen
- Beteiligung und Statement der Stadt an der Demonstration zum Gedenken der NSU-Opfer am 10. Dezember 2010
- Teilnahme einer großen Gruppe Erlangerinnen und Erlanger an der Menschenkette des Bündnisses "Bamberg bleibt bunt" rund um den Veranstaltungsort des NPD-Kongresses im Jahr 2010
- Kooperation des Bürgermeister- und Presseamtes und der Stadtbibliothek mit der Universität beim Besuch des Auschwitzüberlebenden Piero Terracina im Oktober 2013
- Ausstellung "Opfer des NSU" im Stadtarchiv im Nov./Dez. 2013
- jährliche Teilnahme am "Wunsiedler Forum" des bayerischen Bündnisses für Toleranz
- jährliche Wochen gegen Rassismus

5. Sonstige Projekte und Veranstaltungen in Erlangen

- Predigt des Imams der muslimischen Gemeinde Penzberg, Herr Benjamin Idriz, in der reformierten Kirche in Erlangen
- Juni 2011: Vorträge zum Thema Rechtsextremismus am Christian-Ernst-Gymnasium anlässlich der Verleihung des Titels „SOR Schule“
- 6 Schulen „ohne Rassismus, Schulen mit Courage“
- Benefiz-Veranstaltung des Zonta-Clubs Erlangen zugunsten von "Mutwerk"
- Vorführung des Dokumentarfilms "Blut muss fließen - Undercover unter Nazis" von Thomas Kuban, der 15 Jahre lang undercover bei Nazis recherchiert hat, am Emmy-Noether-Gymnasium im Dezember 2013

6. Anmerkung: Leider ist es trotz eines einstimmigen Stadtratsbeschlusses nicht gelungen, die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg dazu zu bewegen, den Link zur Burschenschaft Frankonia von der FAU Homepage zu nehmen, obwohl diese nachgewiesenermaßen Holocaustleugner und Redner aus dem rechtsextremen Spektrum zu Veranstaltungen einlädt.

Dies ist umso bedauerlicher, als dadurch andere Studentenverbindungen und Corps, die demokratische Grundwerte und Offenheit für Studenten aus aller Welt in ihren Satzungen haben, in die gleiche demokratiefeindliche Schublade gesteckt werden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der Verwaltung an die UNESCO dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.4

II/270/2013

Beteiligungsbericht 2011/2012 der Stadt Erlangen

Sachbericht:

Der Beteiligungsbericht 2011/2012 der Stadt Erlangen wird hiermit dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Gemäß den gesetzlichen Anforderungen (Art. 94 BayGO) informiert er über die wirtschaftliche Entwicklung der unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen der Stadt Erlangen, soweit der Anteil am Stammkapital mindestens 5% beträgt. Die Geschäftsjahre 2011 und 2012 wurden in einem Bericht zusammengefasst. Erstmals wurden die Berichte zu den einzelnen Gesellschaften um eine grafische Darstellung ihrer langfristigen Ergebnisentwicklung ergänzt.

Neu wurden außerdem die Windpark Wotan Einundzwanzigste Betriebs GmbH & Co. KG sowie die Bürgerwindrad Wilhelmsdorf UG & Co. KG in den Beteiligungsbericht aufgenommen, die zwei neuesten Beteiligungen der Erlanger Stadtwerke (ESTW) im Bereich der erneuerbaren Energien.

Nicht mehr enthalten sind dagegen die Erlanger Kongress und Marketing GmbH und die Curiavant Internet GmbH, die 2010 verkauft bzw. aufgelöst wurden. Letztmalig wird über die Kommunale Energie Allianz Bayern GmbH berichtet, deren Liquidation 2012 abgeschlossen wurde.

Der Beteiligungsbericht wird an die Fraktionen verteilt. Er wird in Kürze auch unter www.erlangen.de, Rubrik Stadtentwicklung/Wirtschaft/Städtische Beteiligungen zu finden sein.

Protokollvermerk:

Der Beteiligungsbericht 2011/2012 wird auf Anregung von Herrn StR Winkler in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 29.01.2014 als Tagesordnungspunkt behandelt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10

Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung

Protokollvermerk:

Es werden folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt gegeben:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Städtebaulichen Vertrag zum Vollzug des Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan 393 – Graf-Zeppelin-Straße Nord – abzuschließen.
2. Die Abberufung von Herrn Verwaltungsdirektor Jan von Lackum und die Erstberufung von Herrn Verwaltungsrat Fabian Albrecht als ehrenamtliches Mitglied des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Bereich der kreisfreien Stadt Erlangen.
3. Die erneute Berufung von Frau Sieglinde Artmann-Schmid und von Herrn Wolfgang Johannsen als ehrenamtliches Mitglied des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Bereich der kreisfreien Stadt Erlangen.
4. Das Unternehmen „Emch+Berger GmbH Nürnberg“ wird für die Erbringung der „Ingenieurleistungen für eine Machbarkeitsstudie StUB-Unterführung Bahngleise“ beauftragt.
5. Der Stadtrat hat in der nichtöffentlichen Sitzung am 26.09.2013 beschlossen, Herrn Gerd Worm zum neuen Leiter des Bürgeramtes zu ernennen. Herr Worm wird ab 01.01.2014 bei der Stadt Erlangen tätig sein.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11

13/093/2013

**Würdigung der Arbeit pflegender Angehöriger
hier: Fraktionsantrag der CSU-Stadtratsfraktion Nr. 080/2013
vom 15.5.2013**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Empfang am 30. November 2013 würdigte die Stadt Erlangen das Engagement und die Verdienste der pflegenden Angehörigen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Empfang fand am Samstag, den 30. November 2013 ab 15:00 Uhr im kleinen Saal der Heinrich-Lades-Halle statt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die erforderlichen Daten (Anschriften der pflegenden Angehörigen) hat das Sozialreferat / Sozialamt zur Verfügung gestellt. Die Einladungen wurden an die Adressaten über die Wohlfahrtsverbände und Erlanger Pfarreien verteilt.

Die Veranstaltungsorganisation lag beim Bürgermeister- und Presseamt.

Für die Durchführung des Empfangs wurde eine Spende vermittelt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	3.500 €	bei Sachkonto: 527151
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf ~~IVP-Nr.~~
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk 130090/11110013/527151.
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Frau StRin Grille regt an, die Würdigung der Arbeit pflegender Angehöriger regelmäßig alle zwei Jahre durchzuführen, ohne dass dies jeweils erneut beantragt werden muss. Frau BMin Dr. Preuß sagt eine Behandlung des Anliegens im Sozial- und Gesundheitsausschuss zu.

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Stadt Erlangen würdigt die Arbeit pflegender Angehöriger durch einen Empfang. Der Empfang fand am Samstag, den 30. November 2013 (15:00 Uhr bis ca. 17:30 Uhr) statt.
2. Der Fraktionsantrag Nr. 080/2013 der CSU-Stadtratsfraktion ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 45 gegen 0

TOP 12

13/094/2013

Zug der Erinnerung

hier: Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 116/2013 v. 16. Juli 2013

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die angestrebte Freistellung des Vereins „Zug der Erinnerung“ von den Gebühren / Nutzungsentgelten für die Bahnanlagen ist nicht möglich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen / Sachbericht

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im Sinne der Antragsteller hat Oberbürgermeister Dr. Balleis im Oktober 2013 sowohl den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Herrn Dr. Rüdiger Grube, als auch den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, angeschrieben und angeregt, dass die Deutsche Bahn AG zum einen von den Standgebühren in Bahnhöfen absieht und zum anderen keine km-abhängige Gebühr für die Gleisbenutzung erhebt, d.h. eine kostenfreie Fahrt des „Zuges der Erinnerung“ ermöglicht.

In seinem Antwortschreiben teilte der Konzernbevollmächtigte für den Freistaat Bayern, Herr Josel im Auftrag von Dr. Grube u.a. mit,
„...Unsere Infrastrukturbetriebe DB Netz und DB Station Service müssen Gebühren von dem Eisenbahnverkehrsunternehmen verlangen, die im Auftrag des Vereins „Zug der Erinnerung“ fahren. Denn nach europäischem und nationalem Recht sind Bahnunternehmen verpflichtet,

von allen Kunden für die gleiche Trassenbenutzung die gleichen Gebühren zu erheben. Ein Gebührenverzicht oder eine Gebührenrückerstattung könnte als rechtswidrige Ungleichbehandlung gewertet werden. Dies ist auch von verschiedenen Gutachten des Deutschen Bundestages bestätigt worden. Aus diesen Gründen sehen wir uns daran gehindert, den „Zug der Erinnerung“ die Einnahmen zu erlassen oder zurückzuerstatten.“

Aufgrund der Anfrage des Oberbürgermeisters hat der Deutsche Städtetag ebenfalls Kontakt mit der Deutschen Bahn AG aufgenommen. Der daraufhin ergangenen Antwort durch den Leiter Verkehrspolitik Deutschland der Deutschen Bahn AG, Herrn Dr. Pennekamp, ist ebenfalls im Kern zu entnehmen, dass „ Trotz der vielfältigen Interventionen auch aus dem parlamentarischen Raum ein Preisnachlass oder ein Erlass der Gebühren für die Veranstalter des Zuges der Erinnerung nicht möglich sei.“

In beiden Stellungnahmen verweisen die Vertreter der Deutschen Bahn AG ferner darauf, dass der Verein aus Mitteln einer Spende der Deutschen Bahn AG an die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft im Jahr 2009 einen Betrag von 150.000 € erhalten hat. Ferner wurde dargelegt, dass die DB AG größtes Verständnis für das Anliegen des Zuges der Erinnerung hat. Die Mitarbeiter von DB Netz haben mit großem persönlichem Einsatz die Fahrten des Zuges und die Bahnhofs Aufenthalte ermöglicht.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Sachbericht der Verwaltung unter Ziffer II.3 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 116/2013 vom 16. Juli 2013 ist abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 42 gegen 0

TOP 13

13/096/2013

Stadt Erlangen als Gründungsmitglied des Vereins - Europäische Metropolregion Nürnberg

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In der Ratssitzung am 1.10.2013 in Hof fasste der Rat der Europäischen Metropolregion Nürnberg den Beschluss zur Gründung eines Vereins „Europäische Metropolregion Nürnberg“ als rechtstragende Säule für die Metropolregion Nürnberg. Der Verein wird mit seinen Gremien Mitgliederversammlung und Vorstand die Governance der Metropolregion Nürnberg abbilden. Das bedeutet insbesondere, dass der Vorstand des Steuerungskreises der Metropolregion dem Vorstand des Vereins entsprechen soll und Beschlüsse einstimmig gefasst werden.

Der in das Vereinsregister einzutragende Verein soll künftig als juristische Person für die Europäische Metropolregion Nürnberg folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Auftreten als Steuersubjekt
- Beantragung und Empfang von Fördermitteln der Europäischen Union, des Bundes, des Landes und anderer Fördermittelgeber für die Europäische Metropolregion Nürnberg
- Personalanstellungen

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ziel ist, dass alle Mitglieder der Metropolregion Nürnberg und der Förderverein „Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.“ dem Verein beitreten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Verein gelten die gleichen Bedingungen wie in der Geschäftsordnung der Europäischen Metropolregion Nürnberg für ihre Mitglieder beschrieben.

Mitglieder im Verein können werden:

- kreisfreie Städte und Landkreise in der Metropolregion Nürnberg
- einwohnerstärkste kreisangehörige Gemeinden der Landkreise in der Metropolregion Nürnberg
- Bezirke in der Metropolregion Nürnberg als kooptierte Mitglieder
- der Förderverein „Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.“

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Kosten und/oder Beiträge fallen grundsätzlich nur im bisherigen Rahmen der Metropolregion Nürnberg an. Es wird keinen erhöhten Kostenaufwand für die Mitglieder des Vereins geben.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Stadt Erlangen beteiligt sich an der Gründung des Vereins „Europäische Metropolregion Nürnberg“. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadt Erlangen in der Gründungsversammlung des Vereins „Europäische Metropolregion Nürnberg“ zu vertreten und die erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 44 gegen 0

TOP 14

11/140/2013

Teilfreistellung der Einrichtungsleitungen von Kindertagesstätten – Konzept „Leitungsassistentz“

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Stellenplan 2013 sind 4 Planstellen für eine sog. „Leitungsassistentz“ geschaffen worden. Die Stellenschaffungen standen unter der Bedingung, dass ein Konzept vor einer Stellenbesetzung erarbeitet werden soll. Das Konzept wurde vom Personal- und Organisationsamt im Einvernehmen mit dem Jugendamt erarbeitet.

Die Verwaltung favorisiert mit den zusätzlichen Personalressourcen eine Teilfreistellung der Leitungen von der pädagogischen Arbeit am Kind, um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben in der Einrichtung wahrnehmen zu können. Durch die Unterstützung im pädagogischen Bereich wird eine Entlastung der Leitungen erzielt. Die Leitung kann in dieser zur Verfügung stehenden Zeit ihre Verwaltungsaufgaben erledigen und ihren Führungsaufgaben nachkommen. Im Nachgang ergibt sich durch diese Maßnahme eine Entlastung des pädagogischen Personals.

Durch diese Umsetzung wird auch der am 01.09.2013 in Kraft getretenen Ausführungsverordnung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Rechnung getragen.

Mit dem Konzept der Teilfreistellung von Leitungen geht die Stadt Erlangen einen neuen Weg und es kann eine Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber erzielt werden. Qualifiziertes Fachpersonal in Kindertageseinrichtungen kann auf diesem Weg besser gehalten und gewonnen werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit der Novellierung des BayKiBiG wurde § 17 AVBayKiBiG um folgendes ergänzt: Werden von der Leitung Verwaltungsaufgaben des Trägers wahrgenommen, sind diese Zeiten bei der Berechnung des Anstellungsschlüssels und der Fachkraftquote herauszurechnen (vgl. § 17 Abs. 1 und Abs. 3 AVBayKiBiG). Diese Stunden sind grundsätzlich durch pädagogische Fachkräfte zu kompensieren damit der Anstellungsschlüssel und die Fachkraftquote den gesetzlichen Anforderungen entsprechen und die Einrichtung im förderfähigen Bereich bleibt.

Um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen werden die Einrichtungsleitungen zum Teil von der pädagogischen Arbeit am Kind freigestellt. Die dadurch zur Verfügung stehenden Stunden der Einrichtungsleitung in der Gruppe werden vorrangig durch pädagogische Fachkräfte kompensiert, damit der Anstellungsschlüssel der Einrichtung wieder den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Somit kommt die Stadt Erlangen ihrer Verpflichtung aus § 17 AVBayKiBiG nach.

Es wird sich lediglich um eine Teilfreistellung der Leitungen handeln, keine Einrichtungsleitung wird in vollem Umfang ihrer Arbeitszeit von der pädagogischen Arbeit am Kind freigestellt. Der enorm wichtige Bezug zum Kind geht durch die Freistellung nicht verloren.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit, Verwaltungskräfte in den Kindertageseinrichtungen einzusetzen um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben anstelle der Einrichtungsleitung wahrzunehmen. Diese Möglichkeit wird dem Fachbereich in Abstimmung mit Abt. 112 eröffnet, wenn besondere Gründe vorliegen, die es nicht möglich machen bzw. wo es pädagogisch oder organisatorisch nicht sinnvoll erscheint, die vakanten Stunden mit pädagogischem Personal zu kompensieren. Die Einrichtungsleitung wird bei dieser Variante in vollem Umfang ihrer Arbeitszeit in den Anstellungsschlüssel und in der Fachkraftquote eingerechnet. Der Anstellungsschlüssel entspricht den gesetzlichen Anforderungen und die erforderlichen Verwaltungsaufgaben werden von der zur Verfügung gestellten Verwaltungskraft erledigt.

Für den Endausbau dieses Konzeptes (Deckung aller städtischen Kindertageseinrichtungen), bedarf es für den Stellenplan 2014 einer weiteren Stellenschaffung von 4 Planstellen „Leitungsassistentz“.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das vorliegende Konzept soll zügig mit den bereits 4 vorhandenen Planstellen umgesetzt werden. Die dabei gemachten Erfahrungen werden für den Einsatz der für 2014 zu schaffenden neuen Planstellen berücksichtigt.

Um eine zeitnahe Umsetzung zu gewährleisten ist eine Beschlussfassung im HFGA am 20.11.2013 im Rahmen der Haushaltsberatungen erforderlich. Eine vorherige Begutachtung durch den JHA war deshalb nicht mehr möglich.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Personalkosten für eine/n Vollzeit beschäftigte/n Erzieher/in (EG S06) belaufen sich auf ca. 44.900,00 € pro Jahr. Die Personalkosten für eine/n Vollzeit beschäftigte/n Verwaltungsfachangestellte/en (EG 05) belaufen sich auf ca. 38.600,00 € pro Jahr. Die Förderung nach dem BayKiBiG bleibt an dieser Stelle unbeachtlich, da das BayKiBiG nur die kindbezogene Förderung vorsieht.

Haushaltsmittel:

4 Planstellen wurden bereits im Stellenplan 2013 bewilligt,

Für die weiteren 4 Planstellen betragen die Kosten zusätzlich bis zu 179.600 € jährlich.

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und in der Stadtratssitzung am 09.01.2014 behandelt.

Abstimmung:

vertagt

TOP 15

30-R/086/2013

Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen (Taxitarifordnung)

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Anpassung des örtlichen Taxitarifs an die Kostenentwicklung.

Annähernd einheitlicher Metropoltarif im Bereich der Städte Nürnberg, Fürth sowie Erlangen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- Erhöhung des Grundpreises von 2,90 Euro auf 3,00 Euro,

- Erhöhung des Fahrpreises für den ersten gefahrenen Kilometer von 2,80 Euro auf 3,00 Euro,

- Erhöhung des Fahrpreises ab dem zweiten Kilometer sowie für jeden weiteren Kilometer von 1,40 Euro auf 1,50 Euro sowie

- Einführung eines Zuschlags für Bezahlung des Fahrpreises mittels Kreditkarte in Höhe von 1,00 Euro.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit Schreiben vom 16.09.2013 beantragte die Taxi Erlangen eG die Änderung des örtlichen Taxitarifs zum Jahresende 2013. Es wurden Änderungen im o.g. Umfang beantragt. Im Rahmen dieses Antrags wurden die Industrie- und Handelskammer Nürnberg, der Landesverband Bayerischer Taxi- und Mietwagenunternehmen e. V. sowie das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht angehört und um Stellungnahme gebeten.

Das **Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht** stimmt den beantragten Änderungen zu.

Die **Industrie- und Handelskammer Nürnberg** stuft die beantragte Tarifierhöhung auch im Vergleich mit der Fahrpreisentwicklung der VAG als durchaus moderat ein. Bei der VAG sollen die Entgelte zum Jahreswechsel 2013/2014 um durchschnittlich 3,54 % angepasst werden. Auch im Vergleich mit anderen Großstädten wird ersichtlich, dass der beantragte Taxitarif in Erlangen unter dem Durchschnitt vergleichbarer Großstädte liegt. Insofern bestehen gegen die beantragte Anpassung des Taxitarifs im Stadtgebiet Erlangen im Hinblick an die eingetretenen Kostensteigerungen keine Einwendungen.

Bezogen auf die klassische IHK-Standardfahrt (5 Besetzkilometer und eine verkehrsbedingte Wartezeit von 4 Minuten), die derzeit bei 12,90 Euro liegt, ergibt der neu beantragte Taxitarif eine Steigerungsrate von 5,43 % gegenüber dem seit Januar 2012 geltenden Taxitarif.

Die IHK begrüßt außerordentlich, dass von den Taxigenossenschaften in Nürnberg, Fürth und Zirndorf im Wesentlichen gleichlautende Tarifanträge bei den zuständigen Genehmigungsbehörden gestellt wurden.

Der **Landesverband Bayerischer Taxi- und Mietwagenunternehmen e. V.** stimmt den beantragten Erhöhungen zu. Die geforderten Beförderungsentgelte würden sowohl die Interessen des Gewerbes als auch die Belange der Kunden berücksichtigen und seien auf dem Markt durchsetzbar. Der Landesverband schätzt die beantragte Erhöhung als angemessen ein.

Die Verwaltung schlägt aus folgenden Gründen vor, dem Antrag der Taxigenossenschaft zu entsprechen:

1. Die letzte Erhöhung des Taxitarifs trat im Januar 2012 in Kraft. Die beantragte Erhöhung ist im Hinblick auf die Kosten- bzw. Preissteigerungen sowie im Vergleich zu den Erhöhungen der VAG (1.1.2013 = 3,37 % sowie 1.1.2014 = 3,54 %) als angemessen einzustufen.
2. Die Tarife im Großraum Nürnberg, Fürth und Erlangen sollten im Interesse der Transparenz für die Fahrgäste im Wesentlichen ein gleiches Fahrpreisniveau aufweisen.
3. Der beantragte Kreditkartenzuschlag erscheint notwendig, weil bei dieser Zahlungsart das Disagio je nach Karte bis zu 4,5 % des Umsatzes betragen kann. In Anpassung an die Taxitarifordnungen der Städte Nürnberg und Fürth, wo dieser Zuschlag schon seit Jahren existent ist, wird die Einführung in Erlangen als sinnvoll und verhältnismäßig eingestuft.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen (Taxitarifordnung) (Entwurf vom 07.11.2013, Anlage) wird beschlossen.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen
mit 43 gegen 1

TOP 16

52/242/2013

Bedarfsbeschluss mit Raumprogramm für eine neue Sporthalle im Stadtosten

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Planung einer neuen Sporthalle zur Verbesserung des Bedarfs an gedeckten Sportflächen für den Schul- und Vereinssport

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Feststellung des Bedarfs an Schulsportflächen und Festlegung des Raumprogramms als Grundlage für einen im weiteren Verfahrensablauf noch zu beschließenden Architektenwettbewerb.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

1.1. Bedarf Schulsport

Für das gesamte Stadtgebiet besteht für den Schulsport der staatlichen und städtischen Schulen ein Bedarf an Schulsporthallen von 5 ÜE (Anlage 1).

Für das nordöstliche Stadtgebiet weist die Planung einen Hallenbedarf von insgesamt 3 Übungsstätteneinheiten (ÜE) aus (Anlage 2 und Anlage 3).

Unter Berücksichtigung der neuen Zweifachhalle am Marie-Therese-Gymnasium (Baubeginn 2015) besteht im Hinblick auf die Schülerentwicklung und die Anzahl der Sportklassen weiterhin Bedarf für 1 ÜE. Das Ohm-Gymnasium verfügt zwar formal über 3 Sporthalleneinheiten. Zwei davon entsprechen jedoch in ihrer Größe lediglich 1 ÜE. Darüber hinaus entspricht die Halle nicht den aktuellen baulichen Anforderungen an eine Schulsporthalle (fehlende Umkleiden, fehlender Prallschutz, Geräteräume etc.). Die Regierung von Mittelfranken hat im Bestand für das Ohm-Gymnasium 2 ÜE anerkannt sowie den Bedarf von weiteren 2 ÜE, der unter Berücksichtigung der Schülerprognose bestehen bleibt.

Im Schulzentrum West fehlen für den Schulsport 2 ÜE (1 ÜE am ASG und 1 ÜE an der Realschule am Europakanal).

In einem mit der Regierung von Mittelfranken geführten Abstimmungsgespräch am 2.5.2013 wurde seitens der Regierungsvertreter signalisiert, dass vor der geplanten Sanierung der Turnhalle am Ohm-Gymnasium (voraussichtlich 2019), einem Neubau einer Sporthalle für den Bedarf im Norden und Osten (Anlage 2 und 3) zugestimmt würde. Die Förderung nach Art. 10 FAG für den Neubau einer Schulsporthalle wurde in Aussicht gestellt.

Neben dem tatsächlich festgestellten Bedarf gibt es eine weitere Interessensbekundung durch das Gymnasium Fridericianum für die Intensivierung des Fachbereich Sport (siehe Anlage 4).

Der Bedarf der privaten Schulen Montessori Schule und Franconian International School wurde seitens des Sportamtes abgefragt und wird mit dem in der Anlage 5 beigefügten Vermerk aufgezeigt. Weiterhin wird mit einem Schreiben der FIS (Anlage 6) deutlich, dass auch eine Unterstützung im investiven Bereich vorstellbar ist. Hier wird deutlich, dass auch für Schülerinnen und Schüler, die eine private Schuleinrichtung besuchen, ein Bedarf an gedeckten Sportflächen besteht.

1.2. Bedarf Vereinssport

Der Bedarf an gedeckten Sportstätten wurde bereits in der Integrierten Sportentwicklungsplanung im Jahr 2006 durch das Institut für Sportwissenschaften und Sport festgestellt. So ist u.a. in der Zusammenfassung der Ergebnisse folgender Hinweis festgehalten; „Bei der Berechnung des Bedarfs an Sporthallenfläche wurde für Erlangen ein deutliches Defizit ermittelt.“ Weiterhin wurde auf Antrag des Sportbeirates in der Sportausschusssitzung vom 17.07.2012 aufgelegt (52/149/2012), welchen zusätzlichen Bedarf die Sportvereine für ihre Sportangebote haben. Dabei wurde eine Abfrage (Anlage 7) vorgelegt, die nicht mit einem in der Sportentwicklungsplanung vorgesehenen Ansatz einer richtwertbezogenen, sportverhaltensorientierten oder kooperativen Bedarfsbestimmung gleichzusetzen ist. Die Ergebnisse der Abfrage sind nach Hallengröße, Belegungszeiten, voraussichtlicher Teilnehmerzahl und Standorten aufgelistet. Daraus ergibt sich ein Bedürfnis von mind. 135 Stunden pro Woche.

Der Bedarf an Sporthalleneinheiten für den Vereinssport und die Notwendigkeit für den Leistungssport im Bereich Handball – insbesondere für den Handball Club Erlangen – ist mehrfach diskutiert worden und in mehreren Fraktionsanträgen behandelt worden. Auch der Deutsche Alpenverein Sektion Erlangen sieht eine Dringlichkeit für ein Grundstück zum Bau einer Boulderhalle mit Geschäftsstelle für den Erlanger Osten (siehe Anlage 8).

2. Raumprogramm

Die Sporthalle wird in Bezug auf die vielfältigen in ihr angebotenen bzw. durchführbaren Sportmöglichkeiten multifunktional ausgestattet und von einem breiten Nutzerspektrum genutzt werden. Wichtiges bauliches Ziel ist deswegen, dass sich die angebotenen Sportarten gegenseitig nicht stören. Andererseits sollen die dazugehörigen Infrastrukturräume so angeordnet werden, dass sich mögliche Synergien optimal einstellen.

Folgende Nutzergruppen waren bei der Erstellung des Raumprogramms beteiligt: Ohm Gymnasium, Wirtschaftsschule im Röthelheimpark, Franconian International School, DAV Sektion Erlangen, Institut für Sportwissenschaft und Sport, HC Erlangen, Sportverband

Erlangen, BLSV und Sportamt Erlangen. Das Raumprogramm wird mit der Regierung von Mittelfranken abgestimmt.

Das Raumprogramm (Stand Dezember 2013) befindet sich in der Anlage 9.

3. Vorgehen

Für die Verortung einer Vierfeldsporthalle im Erlanger Osten sind Flächen zu prüfen, die sich an der Hartmannstraße befinden (Flurnummer 1945/445 und 1945/22). Die Eigentumsverhältnisse sind auf die Stadt Erlangen und den Freistaat Bayern verteilt (siehe Anlage 10). Ein Freistellungsantrag ist an die Friedrich-Alexander Universität gestellt worden. Eine Festlegung für eine gemeinsame Nutzung der Grundstücke ist herbeizuführen. Dies soll über einen wertgleichen Tausch von Flächen erreicht werden.

Synergieeffekte für die Erschließung der Grundstücke, Infrastrukturmaßnahmen und gegebenenfalls Hochbaumaßnahmen sind mit den Einrichtungen, die Interesse bekundet haben (DAV Sektion Erlangen, Franconian International School abzustimmen und vertraglich zu definieren. Die Planungen und Finanzierung für Einrichtungen des Instituts für Sportwissenschaft und Sport (Diagnostik- und Breitensportzentrum, Fitnessbereich) haben nicht über die Stadt Erlangen zu erfolgen.

Im Laufe der Verfahren müssen u.a. folgende städtebauliche Themen bearbeitet werden.

- Platzierung und bauliche Integration der neuen Halle
- verkehrliche Erschließung, evtl. Verkehrsuntersuchung / Anordnung des ruhenden Verkehrs
- abwassertechnische Erschließung
- Energiekonzept
- Lärmschutz zu den nördlich und westlich angrenzenden Wohngebieten (liegt bereits vor)
- Umweltbelange durch Umweltprüfung

Die sonstigen erforderlichen Planungsschritte des Gesamtprojektes sind für einen optimalen Projektverlauf aufeinander abzustimmen.

Vorgesehen ist ein Architektenwettbewerb:

- Erarbeitung des Raumprogramms, Definition der funktionalen Anforderungen
- Auslobung eines Architektenwettbewerbs
- Planungsleistungen, Abstimmen mit Nutzern, Erwirken der Baugenehmigung
- Bauausführung mit Einzelgewerksvergabe, Vergabegenehmigung durch BWA/STR

Für die Vorbereitung zur Planung der Sporthalle im Erlanger Osten hat das Sportamt nach Vorgabe der Lenkungsgruppe ein Lärmschutzgutachten in Auftrag gegeben. Im Rahmen einer schallimmissionsschutztechnischen Voruntersuchung wurde die durch die Nutzung der Sporthalle im Umfeld zu erwartende Immissionssituation für Geräusche untersucht und gemäß der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18.BImSchV) beurteilt. Die Berechnungsergebnisse zeigen, dass die Nutzung der geplanten Sporthalle für Schul- und Vereinssport aus schallimmissionsschutztechnischer Sicht als unkritisch einzustufen sind. Schalltechnisch relevant ist insbesondere die geplante Nutzung für den Handballsport, so dass für den vorgesehenen Architektenwettbewerb Empfehlungen bzw. Vorgaben für die Bauausführung der Sporthalle angegeben werden.

Das Bauvorhaben wird derzeit nach § 34 BauGB beurteilt. Die Planung der Halle soll die genaue Lage, die Funktionszusammenhänge, das baurechtliche Einfügen sowie die abschnittsweise Realisierbarkeit konkretisieren und darstellen. In dem Verfahren sind die entsprechenden Vereine und Mitnutzer der Halle eingebunden. Zudem sind die Fraktionen mit je einem stimmberechtigten Mitglied vertreten. Die Jury spricht eine Empfehlung für den weiter zu verfolgenden Entwurf aus, die dem Stadtrat als Beschluss vorgelegt wird.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	450. 000 €	bei IPNr.: 424.F.400
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind in Höhe von 150.000 € vorhanden auf IvP-Nr. 424.F.400

 300.000 € sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und in der Stadtratssitzung am 09.01.2014 behandelt.

Abstimmung:

vertagt

TOP 17

VI/041/2013

Grundsatzbeschluss Stadtumbau / Siemens-Campus

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Ansinnen der Siemens AG, einzelne Einheiten, die in der Stadt Erlangen angesiedelt sind, in das Siemens-Südgelände zu verlagern, wird von der Stadt begrüßt und als Zeichen der dauerhaften Standortsicherung für den Standort Erlangen verstanden.

In diesem Sinn wird die Stadt in Verhandlungen mit der Siemens AG treten, um dieses Vorhaben in dem derzeit anvisierten Zeitrahmen umsetzen können. Dazu hat vor kurzem eine Gesprächsrunde in der Bayerischen Staatskanzlei stattgefunden. (Teilnehmer waren

zahlreiche Staatsminister, u. a. Frau Aigner, Herr Dr. Söder, Herr Herrmann, Herr Spaenle, Herr Huber und Frau Haderthauer. Seitens der Siemens AG waren u. a. vertreten der Siemens-Vorstandschef Herr Kaeser sowie Herr Dr. Thomas (Finanzen), Herr Prof. Russwurm (Industry) und Herr Dr. Sluitner (SRE) sowie Oberbürgermeister Dr. Balleis. Die Sitzungsleitung hatte Herr Ministerpräsident Seehofer.)

Der Ministerpräsident unterstrich bei dem ausführlichen Gespräch, dass er der Realisierung des Projekts „Siemens-Campus“ höchste Priorität einräume. Unter der Koordination von Frau Staatsministerin Haderthauer werde die Regierung schnellstmöglich alle planungsrelevanten Vorbereitungen treffen.

Die wesentlichen Fakten des Gesprächs:

- Nach den Entscheidungen der Siemens AG hinsichtlich einer neuen Healthcare-Zentrale an der Henkestraße und einem Siemens-Campus im Stadtsüden ergibt sich für die Stadtentwicklung eine weitere Jahrhundert-Chance, wie sie sich zuletzt mit der Auflösung der US-Garnison vor 20 Jahren ergab.
- Die Verlagerung von Arbeitsplätzen vom Siemens AG-Standort Mitte zum Standort Süd wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Kostenfaktor der Campusbahn verbessern.
- Die Investition und die damit verbundenen Folgekosten dürfen die Kommune keinesfalls finanziell überfordern. Oberbürgermeister Dr. Balleis hat deshalb der Staatsregierung die Forderung der Stadt übermittelt, eine Förderung des neuen Bahnsystems in Höhe von 90 % der förderungsfähigen Kosten zuzusagen. Ebenfalls besteht die Forderung für die Landesförderung von Strecken, auf denen die Bahn über keinen eigenen Gleiskörper verfügt, wenn diese durch Steuerung die fast gleiche Beschleunigungswirkung erreicht, wie bei eigenem Gleiskörper.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ziel ist seitens der Siemens AG die Erarbeitung eines Memorandum of Understanding mit der Politik bis Februar / März 2014 mit Aussagen zu folgenden wesentlichen Themenfeldern:

ÖPNV-Infrastruktur

- Umsetzung der Stadt-Umlandbahn / Campusbahn und direkter Campus-Anbindung mit der Voraussetzung einer Landesförderung als Hochschullinie und Beschleunigungsmaßnahmen ohne eigenen Gleiskörper
- Direkten Zugang zur neuen S-Bahn-Haltestelle ermöglichen
- Aufrechterhaltung und Ausbau schneller Verbindungen zu internationalen Flugdrehkreuzen unterstützen

Raum- und Bauleitplanung

- Priorisierung des Vorhabens allgemein
- Durchführung effizienter Planungsverfahren durch die Stadt mit der Zielsetzung einer optimalen baurechtlichen Ausnutzung
- Das Wettbewerbsverfahren zu begleiten und daran mit politischen Vertretern mitzuwirken

Denkmalpflege

- Konstruktive Unterstützung bei der Entwicklung des Ensembles und Entwickeln des Denkmals

Straßen-Infrastruktur

- Schneller Ausbau des Straßen- und Wegenetzes im überörtlichen Bereich
- Optimierung und Ausbau des regionalen Radwegenetzes
- Ausbau und Neubau leistungsfähiger Straßenkreuzungen, falls aufgrund der neuen Planung notwendig

Fördermittel

- Beantragung und Unterstützung bei der Fördermittelausschöpfung und –akquise
- Unterstützung für die Integration zukunftsfähiger wissenschaftlicher Institute (z. B. Fraunhofer, Max-Planck, Universität) in den Campus
- Schnelle Zuteilung von Fördermitteln zur beschleunigten Umsetzung der Infrastruktur durch Bund und Land unterstützen

Konsolidierung weiterer Siemens-Nutzungen im Stadtgebiet

- Umnutzung der Gebäude Schuhstraße 60 und Werner-von-Siemens-Straße 50 (Himbeerpalast) in marktgängige Nutzungen
- Ersetzung des bestehenden Med-Hochhauses durch einen Büroneubau mit Parkhaus / TG an der Karlheinz-Kaske-Straße unter Beibehaltung des Nutzungsmaßes und baurechtliche Entwicklung der angrenzenden Grundstücke
- Sicherstellung / Gestaltung der Frauenaauracher Straße 85 (F85) als einen modernen und attraktiven Industriestandort mit entsprechender Infrastruktur

Weiteres

- Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts zur künftigen Nutzung des Areals Burgbergstraße 70

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Stadt Erlangen beschließt das von Siemens vorgestellte Konzept, Siemens-Campus, das die Verlagerung der bisher in Erlangen Mitte angesiedelten Arbeitsplätze auf das heutige Forschungsgelände beinhaltet, entsprechend den nachstehenden Zielen und Teilprojekten positiv zu begleiten und die darin enthaltenen kommunalen Aufgaben zeitnah im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten umzusetzen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 45 gegen 0

TOP 18

Anfragen

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Herr StR Bußmann fragt an, ob es nicht unter Datenschutz-Gesichtspunkten als kritisch angesehen werden muss, wenn bei der Suchfunktion der Homepage der Stadt Erlangen „google“ verwendet wird. Warum wird nicht die Homepageeigene Suchfunktion verwendet? Herr Ternes sagt eine Überprüfung zu.
2. Herr StR Bußmann bezieht sich auf § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates. Die vierteljährlichen Berichte der Verwaltung über den aktuellen Bearbeitungsstand der Anträge würden schon seit längerer Zeit nicht mehr erfolgen. Er hält dies im Hinblick auf die zu Ende gehende Wahlperiode für erforderlich. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Überprüfung der Anträge zu.
3. Frau StRin Lanig vertritt die Auffassung, dass der Kaffee in Sitzungen zu schwach sei. Sie fragt an, ob der Oberbürgermeister für eine Verbesserung sorgen könnte. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt dies zu.
4. Frau StRin Dr. Herzberger-Fofana fragt an, warum die Stadt Erlangen bzw. KommunalBIT die Rechner der Verwaltung und der Schulen nicht auf Open-Office Produkte umstellt. Herr Ternes teilt mit, dass diese Produkte einen hohen Betreuungsaufwand bzw. Kosten verursachen, sodass hiervon Abstand genommen wurde.
5. Frau StRin Dr. Herzberger-Fofana fragt an, ob es möglich wäre, im Fall eines Studenten aus Kamerun bezüglich der Gültigkeit des Studentenvisums bei Sprachschülern zu helfen. Frau berufsm. StRin Wüstner sagt eine Klärung zu.
6. Herr StR Höppel fragt an, ob die Internetseite des VEP-Forums zwischenzeitlich funktioniert. Herr berufsm. StR Weber teilt mit, dass derzeit noch ein technisches Problem behoben werden muss.

7. Herr StR Höppel fragt an, wann über seinen Antrag bezüglich „Schließung offener Ladentüren im Winter“ im berichtet werden könnte.
Frau berufsm. StRin Wüstner sagt eine Klärung zu.
8. Herr StR Höppel fragt an, ob bekannt ist, dass die Bezirkskliniken Mittelfranken aktuell planen, am Standort Erlangen oder Ansbach ein Zentrum für Altersmedizin zu errichten und ob man sich hierum bemühen sollte.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt zu, dass er sich mit einem Schreiben an den Bezirkstagspräsidenten wenden wird.
9. Herr StR Kittel fragt an, wann die Visualisierung zum Thema StUB kommt.
Herr berufsm. StR Weber teilt mit, dass dies gleichzeitig mit der Darstellung des Robus-Systems und StUB im 1. Quartal des Jahres 2014 der Fall sein wird.
Herr StR Kittel bittet sicherzustellen, dass vor der Stadtratssitzung am 09.01.2014 eine Information über die Kosten der Stadt Erlangen erfolgt.
Der Vorsitzende sagt dies zu. Herr berufsm. StR Weber ergänzt, dass die Investitionskosten dargestellt werden können.
10. Frau StRin Grille fragt an, ob eine Optimierung der Ausnutzung der Eisfläche „Erlangen on Ice“ beim Besuch von Schulklassen vorgenommen werden kann.
Der Vorsitzende sagt eine Information des Citymanagements über Referat II zu.
11. Frau StRin Grille teilt mit, dass die wassergebundene Decke des Gehweges in der Raumerstraße bei Regen überschwemmt ist. Sie fragt an, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann.
12. Frau StRin Grille bittet das Rederecht von Ausschussgemeinschaften im Vergleich zu Fraktionen zu überprüfen.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Überprüfung durch das Referat III zu.
13. Frau StRin Bittner bittet um Überprüfung der Liste der Anträge seit der letzten Stadtratssitzung. Hier werden Anträge der Erlanger Linke als erledigt bezeichnet. Sie fragt an, wann diese behandelt wurden.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Klärung zu.

TOP 19

Schlusswort für den Gesamtstadtrat durch die CSU-Fraktion

Siehe Anlage

Sitzungsende

am 12.12.2013, 20:50 Uhr

Der / die Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der / die Schriftführer/in:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne Liste-Fraktion:

Für die FDP-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft ödp/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft:

Für die Erlanger Linke:

Herr Stadtrat Hopfengärtner:
(fraktionslos)